

tur nach 1945 erfaßt und ausgewertet. Der Leser erhält somit nicht nur eine ebenso ausführliche wie aktuelle Bibliographie zum Thema, sondern gewinnt auch einen hervorragenden Überblick über die Forschungslage.

Oldenburg

Beate Störckuhl

Marek Andrzejewski: Opposition und Widerstand in Danzig 1933 bis 1939. (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 36.) Bonn 1994. 248 S., 1 Kte., DM 48,—.

Die vorliegende Untersuchung behandelt ein wichtiges Kapitel der Geschichte der Freien Stadt Danzig, das von der bisherigen deutschen und polnischen Forschung kaum erörtert worden ist. Marek Andrzejewski versucht die Frage zu beantworten, „warum die NSDAP in der Freien Stadt trotz der Garantie des Völkerbundes und trotz der Abneigung eines großen Teils der Danziger Deutschen gegen den Nationalsozialismus imstande war, das politische Leben nach dem Muster des Dritten Reiches Anfang 1938 gleichzuschalten“. Die klar gegliederte und gut lesbare Darstellung beruht auf der Auswertung umfangreicher Quellen in deutschen und polnischen Archiven – stellvertretend seien das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und das Staatsarchiv Danzig genannt – und deutscher und polnischer Literatur.

Zunächst skizziert der Vf. die Geschichte Danzigs von 1920 bis 1930, wobei er auf die Nationalitätenverhältnisse, die Beziehungen zu Polen und zum Deutschen Reich, auf die politischen Parteien und das Pressewesen eingeht. Seine Ausführungen zeichnen sich durch große Sachlichkeit aus, wofür seine Bemerkung, 94 oder sogar 97% der dortigen Bevölkerung hätten der deutschen Nationalität angehört, und seine Kritik an Andrzej Drzycimski, der behauptet hatte, ein Fünftel der Danziger seien Polen gewesen, Beispiele sind. Zu ergänzen ist, daß die Danziger Verfassung nach den Vorbildern der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck entworfen worden ist. Ihr besonderer Charakter berührte lediglich die Beziehungen zwischen der Freien Stadt und dem Völkerbund, während sie für Polen die Verfassung eines fremden Staates war, die jeder Einflußnahme durch Warschau entzogen blieb.

Im Kapitel „Das Ringen um die Macht in Danzig“ tritt A. in die für ihn aktuelle Phase der Geschichte der Freien Stadt ein. Ausgehend von der Analyse der Volkstagswahlen vom 16. November 1930, die der NSDAP 16 Prozent der Stimmen und 12 Sitze bescherten und den aus SPD, Zentrum und Deutschliberalen gebildeten „Linkssenat“ beendeten, kam es analog zu den Verhältnissen im Reich zu einem Rechtsruck in Danzig, der sich in der Bildung des konservativen Senats Ziehm dokumentierte. Damit wurde ein von einer ständigen innenpolitischen Zuspitzung begleiteter Weg eingeschlagen, der seinen Ausdruck in den Volkstagswahlen vom 28. Mai 1933 und der dort sichtbaren erdrutschartigen Verschiebung zugunsten der Nationalsozialisten fand. Polen unterstützte die Hitler-Gegner nur halbherzig und vollzog dann unter dem Einfluß des Außenministers Józef Beck eine Annäherung an das Dritte Reich, die eine stillschweigende Zustimmung zur nationalsozialistischen Herrschaft in Danzig beinhaltete. Anschließend beschreibt der Vf. den Beginn der NS-Herrschaft in Danzig, wobei nach seiner Auffassung der erste nationalsozialistische Senatspräsident Hermann Rauschning in seiner Einstellung „eher national-konservativ als nationalsozialistisch“ war. Anders als im Reich kapitulierte das parlamentarische System 1933 nicht vor der NSDAP, wofür vor allem die feste Haltung der Zentrumsparterie verantwortlich war. Sie fand starken Rückhalt in der katholischen Geistlichkeit, die sich mehr als die Kirche im Dritten Reich für Menschenrecht und Menschenwürde einsetzte und im Danziger Bischof O'Rourke einen engagierten Sachwalter fand. Anschaulich illustriert A. die Taktik der NSDAP gegenüber den hitlerfeindlichen Kräften in der Freien Stadt. Der Besetzung

der Gewerkschaftshäuser folgten das Verbot der SPD- und Zentrums Presse, das Verbot der KPD, die Auflösung des Volkstages und die Vorverlegung der Neuwahlen auf den 7. April 1935. Nach Rauschnings Rücktritt als Danziger Senatspräsident wurde der bisherige Innensenator Arthur Greiser, ein konsequenter Funktionärstyp, sein Nachfolger, dem Albert Forster als Danziger Gauleiter zur Seite trat. Letzterer bestimmte zunehmend den politischen Kurs der Freien Stadt und brachte den ganzen Verwaltungsapparat, die Polizei und den lokalen Rundfunk in nationalsozialistische Hand. Eindrucksvoll beschreibt der Vf. den Wahlkampf vor den Volkstagswahlen vom April 1935, der vom alles erfassenden Terror der NSDAP bestimmt war. Erwähnenswert ist, daß die Partei trotzdem mit knapp 60% die Zweidrittelmehrheit verfehlte und SPD und Zentrum immerhin noch 16 bzw. 13% erreichten. Demgegenüber fiel die Polnische Liste mit 3,5% kaum ins Gewicht. Bezeichnend für die NS-Argumentation war die Gleichsetzung von Saarabstimmung und Danziger Volkstagswahlen. Die Oppositionellen wurden nun als „Separatisten“ bezeichnet, um zu demonstrieren, daß sie gegen die Rückkehr Danzigs zum „Dritten Reich“ seien.

Im folgenden befaßt sich A. mit der Abwertung des Danziger Guldens, die wie andere Wirtschafts- und Währungsprobleme der NSDAP manche Sympathieverluste bei den Danzigern einbrachte, der in oppositionellen Kreisen diskutierten Frage von Neuwahlen unter internationaler Aufsicht, womit vor allem der Völkerbund in Genf gemeint war, den Beziehungen der Danziger Opposition zu Großbritannien, die im Kontext der Appeasementstrategie Londons gesehen werden müssen, und mit der Zusammenarbeit der Opposition, deren Hauptinspirator die SPD war.

Gesondert behandelt der Vf. die Frage einer Zusammenarbeit Polens und der hitlerfeindlichen Opposition in Danzig. Letztere stand hier vor dem Dilemma, daß sie einerseits auf polnische Unterstützung bei der Erhaltung des Status der Freien Stadt hoffte, zum anderen aber befürchtete, eine zu weitgehende Verknüpfung mit Polen werde den Einfluß Warschaws allzu sehr verstärken. Am besten artikuliert sich die Kooperation zwischen der Danziger Sozialdemokratie und den polnischen Sozialisten (PPS). Neben der politischen Tätigkeit und Propaganda versuchte man auch die kulturelle Zusammenarbeit enger zu gestalten. Offiziell wollte sich Polen jedoch nicht in die Auseinandersetzung zwischen dem nationalsozialistischen Senat und den Oppositionsparteien hineinziehen lassen.

Anschließend beleuchtet A. den Prozeß der systematischen Gleichschaltung des öffentlichen Lebens in der Freien Stadt. Wichtige Schritte waren die Errichtung von Bauernkammern als Zwangsorganisationen der Landwirtschaft, die Kontrolle des Senats über das bisher unabhängige Gerichtswesen, den Rundfunk und die Presse sowie die Beschränkung des parlamentarischen Einflusses zugunsten des Parteiapparates der NSDAP. Große Aufmerksamkeit richtet der Vf. auf die führenden Persönlichkeiten der Opposition. Die meisten von ihnen wie Arthur Brill, Hans Wichmann, Erich Brost und Willy Moritz gehörten der SPD an. Bedeutende Köpfe des Danziger Zentrums waren Richard Stachnik, Albert Posack und Bruno Kurowski. Als ein Zeichen der Schwäche des Völkerbundes bezeichnet A. die Abberufung des Hohen Kommissars Sean Lester, der sich stets für die verfolgten Hiltergegner in Danzig und für die Einhaltung der dortigen Verfassung eingesetzt hatte. Nach 1936 zerbrach die Widerstandskraft der Opposition immer mehr. Nach und nach lösten sich die letzten verbliebenen selbständigen Parteien – SPD, DNVP und Zentrum – auf. Am 8. November 1937 erließ der Senat ein Verbot der Neugründung politischer Parteien. Daraus läßt sich entnehmen, daß das politische Leben bereits vor Angliederung der Freien Stadt an das Deutsche Reich völlig unter das Diktat der Nationalsozialisten gelangt war.

Bemerkungen über die beschränkten Mittel des letzten Hochkommissars Carl Jacob Burckhardt, die Lage der Juden in der Freien Stadt, die Verschlechterung der deutsch-

polnischen Beziehungen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs und über die Emigration der Danziger Hitlergegner schließen den gerade auch für deutsche Leser informativen Band ab.

Berlin

Stefan Hartmann

Historia Torunia [Geschichte von Thorn]. **Bd. 2, T. 1:** Marian Biskup: U schyłku średniowiecza i w początkach odrodzenia. [An der Neige des Mittelalters und den Anfängen der Renaissance (1454–1548).] (Instytut Historii Polskiej Akademii Nauk w Warszawie. Towarzystwo Naukowe w Toruniu.) Wydawnictwo Towarzystwa Naukowego w Toruniu. Toruń 1992. 261 S., 47 Abb., 1 Stadtplan i. Anh.

Im Vorwort weist Marian Biskup – zugleich auch als Herausgeber des Gesamtunternehmens – auf das Fehlen einer umfassenden Betrachtung und Synthese der Thorner Stadtgeschichte hin. Diese in der Forschung immer wieder als schmerzlich empfundene Lücke soll die geplante vierbändige Geschichte der Stadt schließen, die den Zeitraum von den Anfängen bis 1980 umfassen soll. Im ersten Teil des zweiten Bandes behandelt Biskup die Jahre 1454 bis 1548, d. h. die Zeit vom Beginn des Dreizehnjährigen Krieges bis zum Tode des polnischen Königs Sigismund I. In dieser Epoche schüttelte Thorn nicht nur die Herrschaft des Deutschen Ordens ab und unterstellte sich der polnischen Krone, es vollzogen sich in ihr auch tiefgreifende Wandlungen der spätmittelalterlichen Gesellschaft sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht durch den 1537 erfolgten Verlust des Stapelrechts als auch durch die mit Verspätung einsetzende Reformation. Jedes Kapitel wird durch Quellen- und Literaturangaben ergänzt. Gedruckte Quellen wurden in stärkerem Maße als Archivalien berücksichtigt. Leider ist eine intensive Auswertung des Ordensbriefarchivs (OBA) und des Herzoglichen Briefarchivs (HBA) im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin unterblieben, obwohl diese Fonds viele Informationen zu dem behandelten Zeitraum der Thorner Geschichte enthalten. Dennoch besticht der Band durch seine übersichtliche Gliederung in sechs Kapitel und die Behandlung aller für die Stadtgeschichte wichtigen Bereiche.

Zunächst werden der Dreizehnjährige Krieg mit dem Deutschen Orden und seine Folgen für die Stadt beschrieben. Betrachtet werden u. a. die Vereinigung der Alt- und Neustadt, die Inkorporation von Preußen und damit auch Thorns in die Polnische Krone – tatsächlich wurde die Inkorporation des Königlichen Preußen von Kasimir IV. aufgrund der vielen Privilegien und Sonderrechte nicht wirklich vollzogen, sondern erst durch die Lubliner Union 1569 weitgehend realisiert –, der Aufruhr der in Verbindung mit dem Orden stehenden Unterschicht, insbesondere der Handwerker, gegen den Rat, der grausam unterdrückt wurde, die finanziellen Belastungen der Stadt in der Kriegszeit und ihre Beteiligung am Abschluß des Zweiten Thorner Friedens.

Das zweite Kapitel hat das Territorium, die Bevölkerung, die Stadtbehörden und das Finanzwesen Thorns zum Gegenstand. An der Spitze des Gemeinwesens stand der altstädtische Rat, dem auch die Neustadt – sie verfügte nur über ein eigenes Schöffengericht – unterstand. Vor allem dank der Einkünfte aus dem Stapelrecht setzte nach dem Ende des Dreizehnjährigen Krieges eine rege Bautätigkeit ein, die sich nicht nur auf Kirchen und Bürgerhäuser, sondern auch auf den Ausbau der städtischen Wasserleitungen erstreckte. Zum Wohlstand der Stadt trug auch die Erweiterung ihres Territoriums bei, das in der Mitte des 16. Jhs. 33 dörfliche Siedlungen umfaßte, dabei aber immer noch kleiner als das Stadtgebiet von Danzig und Elbing war. Um 1500 zählte die Stadt etwa 11000 Einwohner und wurde von nur etwa 38 ratsfähigen Familien, die alle dem Patriziat angehörten, regiert. Von Interesse sind die Ausführungen über die Verschiebungen in dieser Oberschicht, die durch das Aussterben oder den wirtschaftlichen Niedergang alter Geschlechter und das Aufkommen neuer Familien bedingt waren. Die in